

Verhandlungsprotokoll  
der 36. Sitzung des Bundesrates vom 17. Mai 1957.

---

<u>Vorsitz:</u>	Hr. Bundespräsident Dr.h.c. Streuli
<u>Abwesend:</u>	HH. Lepori (dienstl.), Petitpierre von 12 Uhr an
<u>Schriftführer:</u>	HH. Oser und Weber
<u>Protokolle:</u>	Die Protokolle der 30. und 31. Sitzung werden genehmigt
<u>Beginn:</u>	9 Uhr
<u>Schluss:</u>	13 Uhr

---

Mitteilungen des Vorstehers EPD

---

Koreamission

Nach dem Waffenstillstandsabkommen ist es jeder der kriegsführenden Parteien gestattet, ausgedientes Kriegsmaterial durch neues gleicher Art zu ersetzen. Die amerikanischen Militärinstanzen beabsichtigen nun, die Truppen in Südkorea mit neuen Waffen ~~auszurüsten~~ <sup>auszurüsten</sup> auszurüsten. Bisher hat das Staatsdepartement noch keine Zustimmung zu diesen Absichten erteilt. Dieser Plan muss auch allen Staaten vorgelegt werden, die am Koreakrieg teilgenommen haben. (an der UNO-Aktion)

Das EPD hat geprüft, ob diese neue Tatsache zur Begründung eines Rückzuges unserer Mission aus Korea verwendet werden könne. Schweden wolle jetzt schon die USA fragen, wie sie sich zu einer solchen Rücknahme stellen würden.

Wenn die Schweiz im gegenwärtigen Zeitpunkt einen solchen Schritt unternehmen wollte, würden ihr die Nordkoreaner und Chinesen vorwerfen, dass sie die Durchführung der amerikanischen Pläne erleichtert habe. Das EPD glaubt deshalb, man müsse warten, bis der amerikanische Vertreter in der Waffenstillstandskommission diese Absichten seiner Regierung bekannt gibt und bis die Reaktion der Chinesen und Nordkoreaner bekannt ist. In diesem Zeitpunkt könnte die Schweiz erklären, in dieser unwürdigen Lage müsse sie sich zurückziehen. Die schweizerische Delegation müsste aber dann doch noch einige Zeit bleiben, um die Möglichkeit zu schaffen, sie durch Vertreter eines anderen Landes zu ersetzen. Herr Petitpierre ist gegen eine Intervention bei der amerikanischen Regierung im Sinne der schwedischen Absichten. Er hat unsern Botschafter in Washington gebeten nach Bern zu kommen, um diese und andere Fragen zu besprechen.

Der Herr Bundespräsident ist schon lange der Auffassung, dass die Schweizerische Delegation nicht mehr in Korea bleiben könne. Sie werde missbraucht, um eine lächerliche und unwürdige Rolle



zu spielen. Entweder müssen wir diese Verpflichtung lösen oder dann verlangen, dass man unsern Leuten die Mittel zur Verfügung stellt für eine wirksame Kontrolle.

Herr Feldmann stellt fest, dass die Hemmungen, die Mission zurückzunehmen darauf beruhen, dass man nicht den Eindruck erwecken will, man sei auf einen Pfiff der Amerikaner in die Affäre eingestiegen, um nun auf einen neuen Pfiff wieder auszusteigen. Wenn aber nun die Amerikaner Atomwaffen einführen, damit den Waffenstillstand als erledigt betrachten und einseitig ihre Handlungsfreiheit zurücknehmen, geraten wir in eine demütigende Lage und haben in Korea nichts mehr verloren.

Herr Etter stellt fest, dass nur der Zeitpunkt streitig ist. Im gegenwärtigen Moment sieht der Rückzug tatsächlich wie ein guter Dienst aus, den wir den Amerikanern leisten wollen. Wir sollten den Amerikanern keinen Vorwand geben, den Waffenstillstand wegen des Verhaltens der Schweiz als dahingefallen betrachten zu können. Wenn wir aber warten, bis die Amerikaner die neuen Waffen in Südkorea einführen, dann haben wir eine einwandfreie Grundlage, uns zurückzuziehen.

Herr Holenstein stellt fest, dass heute keine Beschlüsse zu fassen sind und regt an, dass das EPD eine kurze schriftliche Orientierung über die Angelegenheit ausarbeiten möge.

Herr Petitpierre stellt in Bezug auf die Diskussionsvoten fest, dass man von anfang an die Mängel der Kontrolle gekannt habe, und dass man bei Uebernahme des Mandates diese Mängel schriftlich festgehalten habe. Die Amerikaner haben erst die Absicht geäußert, neue Waffen einzuführen, dies aber noch nicht verwirklicht. Wenn wir die Delegation zurückziehen, machen wir gerade das, was die Amerikaner seit Jahren von uns verlangen. Die Ehre der Schweiz steht nicht auf dem Spiel. Wir haben beiden Parteien sehr gute Dienste geleistet, was auch dankend anerkannt werde. Wir müssen deshalb den richtigen Zeitpunkt wählen und dürfen das Erreichte nicht gefährden.

Der Rat beschliesst, das EPD zu beauftragen ein schriftliches Exposé zu machen, das ausgeht von den von uns übernommenen Verpflichtungen. Es soll alle Erwägungen und Gründe enthalten, mit denen wir unser Vorgehen der Weltöffentlichkeit und unserer eigenen Öffentlichkeit verständlich machen können.

#### Diskussion über "schweizerische Skandalaffären"

Unser Gesandter in Spanien schreibt, dass er durch den amerikanischen Botschafter in Madrid orientiert worden sei, dass an einer Zusammenkunft von Botschaftern der USA in Europa, die in Paris stattgefunden habe, von den Skandalaffären in der Schweiz gesprochen worden sei, und dass die Frage gestellt wurde, ob man das bisherige Urteil über die schweizerische Ehrlichkeit nicht revidieren müsse. Dabei habe Miss Willis unser Volk sehr energisch verteidigt, indem sie erklärte, dass es sich um einzelne Vorfälle handle, die man nicht verallgemeinern dürfe.

Herr Feldmann stellt fest, dass die Amerikaner gar keinen Anlass hätten über die Schweiz zu Gericht zu sitzen. Man könnte da auch mit Skandalen aufwarten. Aus dem Verhalten unserer Presse bei solchen Affären und aus gewissen andern Erscheinungen wird mehr und mehr ersichtlich, dass wir der Gefahr einer Veramerikanisierung ausgesetzt sind.



Der Herr Bundespräsident erklärt, dass ihn die Tatsache, dass die Schweiz in dieser Weise von offiziellen Vertretern eines andern Landes verhandelt worden sei, beeindruckt habe. Es zeige doch, welches Aufsehen diese Affären erregt haben. Der Bundesrat sollte doch vielleicht einmal zu allen diesen Vorkommnissen Stellung beziehen und Klarheit darüber schaffen, dass es sich wirklich nur um Einzelfälle handelt, die zudem punkto Schwere sehr verschieden gelagert sind. In allen diesen Fällen habe man energisch durchgegriffen. Herr Feldmann möge sich überlegen, was getan werden könne, damit die Presse in solchen Fällen nicht immer derart mit Sensationsberichten vorprellt. Ebenso soll das JPD die Frage prüfen, ob man nicht die Bedingung für die Zulassung als Bundeshausjournalist stellen könnte, dass einer nicht für ausländische Agenturen arbeiten dürfe.

Herr Feldmann erklärt sich bereit, diese Aufträge zu übernehmen.

#### Angelegenheit Dubois-Ulrich.

##### Rückberufung von Mercier

Herr Petitpierre stellt die Frage zur Diskussion, ob man nicht dafür sorgen sollte, dass Mercier zurückberufen wird. Es gäbe zwei Möglichkeiten, entweder könnte man offiziell die Rückberufung als persona non grata mit Mitteilung an die Presse verlangen, oder dann könnte man den französischen Botschafter in Bern ersuchen, dafür zu sorgen, dass Mercier geht.

Herr Feldmann orientiert über den Stand der Untersuchung gegen Inspektor Ulrich. Der Untersuchungsrichter hat der Presse mitgeteilt, was man zur Zeit bekannt geben konnte.

Ausser dem früher abgelegten Teilgeständnis über die ägyptische Affäre hat Ulrich zugegeben, dass er seit März 1956 die Mehrzahl der geheimen Monatsberichte der Bundespolizei Mercier ausgeliefert habe. Er hat ferner eine ganze Reihe von Kantonspolizeiberichten über Angelegenheiten der politischen Polizei an Mercier weitergegeben, ebenso gewisse vertrauliche Fernschreibemeldungen. Noch offen geblieben ist die Frage der Motive. Ulrich behauptet heute, er habe durch sein Verhalten Dubois erledigen wollen. Bisher hat sich die Untersuchung auf Ulrich konzentriert und das Verhalten Dubois ist nur im Zusammenhang damit berücksichtigt worden. Nun kommt dann die Phase, wo die Rolle Dubois näher untersucht werden wird. Heute steht <sup>man schon</sup> fest, dass Dubois Mercier nicht nur die Untersuchungsergebnisse im Falle Ulrich mitgeteilt hat, sondern auch andere vertrauliche Dinge verraten hat. Er hat Mercier sogar <sup>den</sup> Haussuchungsbefehl gegen Ulrich ~~ausgehändigt~~ <sup>Kennntnis gegeben</sup>.

Die Quelle des Journalisten Goldsmith sei Mercier selbst gewesen.

Herr Feldmann orientiert schliesslich über eine 2 1/2 stündige Besprechung mit den Herren Martin und Bridel von der Tribune de Genève. Ferner teilt er mit, dass der Anwalt von Goldsmith ihn gefragt habe, ob er sein Mandat niederlegen solle.

Es scheint, dass die Untersuchung nun ins Zentrum vorgestossen ist. Die französische Botschaft, die öffentlich erklären liess, es handle sich nur um Phantasieprodukte, ist durch das Geständnis Ulrichs desavouiert. Mercier selbst ist aufs schwerste kompromittiert. Herr Oberst Mosimann von der Nachrichtensektion hat



mitgeteilt, Mercier habe gedroht, er werde zum Gegenschlag aus-  
holen. Diese Drohung könnte sich gegen die Nachrichtensektion  
richten und es könnte geschehen, dass eine wichtige Nachrichten-  
quelle (Organisation Gehlen) verschüttet würde. Das ist ein  
wichtiger Grund, um vorsichtig zu sein und einen Weg zu suchen,  
wie man Mercier fortbringen kann, ohne die französischen Bot-  
schaft zu brüskieren und ohne ihm Anlass zu geben, unsern  
Nachrichtendienst anzugreifen.

Mercier habe wiederholt erklärt, dass er bereit sei auszusagen  
und jedem Untersuchungsrichter zur Verfügung stehe. Ueber die  
Frage seiner Einvernahme bestehen zwischen dem ausserordent-  
lichen Bundesanwalt Dr. Fürst und dem Untersuchungsrichter  
Dr. Walder Meinungsverschiedenheiten. Walder glaubt, man habe  
die Aussagen Merciers nicht nötig, Fürst möchte ihn einvernehmen.

Herr Feldmann wirft am Schlusse seiner Ausführungen die Frage  
auf, ob nicht die französische Botschaft angefragt werden sollte,  
ob die Offerte Merciers, Auskunft zu erteilen noch gelte. Man  
kann diese Offerte nicht gut einfach ignorieren. Bei einer ne-  
gativen Antwort würde die Frage der Rückberufung akut, ebenso  
nach erfolgter Einvernahme. Dann stelle sich die Frage, welchen  
Weg man einschlagen solle, um die Rückberufung zu erreichen.

Nach längerer Diskussion des Für und Wider gelangt der Rat zur  
Feststellung, dass eine Einvernahme Herrn Merciers nicht er-  
wünscht sei, man habe das Geständnis Ulrichs, in die Aussagen  
Merciers, der von anfang an nicht die Wahrheit gesagt habe, könne  
man doch kein rechtes Vertrauen haben, er werde sagen, was ihm passe  
und könnte damit die Untersuchung noch verwirren.

Was die Rückberufung Merciers anbetrifft, beliebt folgende Lösung.  
Herr Petitpierre wird den französischen Botschafter heute noch  
kommen lassen und ihm nahelegen für die Rückberufung Merciers  
besorgt zu sein. Die Frage der Presseinformation soll im Ein-  
vernehmen mit dem französischen Botschafter vom EPD geregelt werden.

#### Schriftliche Anträge

##### Politisches Departement

#### Neue a.o. Hilfe für die ungarischen Flüchtlinge und andere internationale Hilfswerke

Das Geschäft wird antragsgemäss erledigt und die BK wird beauf-  
tragt, die Botschaft den eidgenössischen Räten anzukünden, da-  
mit die Priorität festgelegt wird und die Kommissionen bestellt  
werden können.



MilitärdepartementOberst Hans Rieser, Presseorientierung

Das EMD hat der BK unterm 15. Mai mitgeteilt, dass die Presseorientierung erst erfolgen soll, wenn dem Beschuldigten der Disziplinentscheid eröffnet worden ist. Das EMD wird dann dem Rate den Entwurf zu einer entsprechenden Pressemitteilung unterbreiten. Der Rat ist einverstanden unter der Voraussetzung, dass der Disziplinentscheid noch vor der Junisession eröffnet wird.

Angelegenheit Oberst Wegmüller

Herr Holenstein und Herr Etter erklären, nachdem sie Kenntnis hätten von der strengen Praxis in ähnlichen Fällen, würden sie dem Antrag des EMD zustimmen. Die Verfehlungen erscheinen nicht sehr schwerwiegend, sodass es sich wirklich rechtfertige, Oberst Wegmüller die Situation so weit wie möglich zu erleichtern. Was die Frage der Orientierung der Oeffentlichkeit betrifft wird beschlossen, den Entscheid dem EMD zu überlassen.

Finanz- und ZolldepartementAufhebung der Kompensation des freien Samstagnachmittags

Herr Chaudet gibt dem Rate Kenntnis von einer Notiz zu diesem Geschäft, die ihm Herr Petitpierre vor Verlassen der Sitzung übergeben hat, um den Rat über die Auffassung beim Personal des EPD orientieren zu können. Nach dieser Notiz würde die Verschiebung eines zustimmenden Entscheides das Personal verstimmen. Die Personalverbände könnten von den eidgenössischen Räten wohl das mit Leichtigkeit erhalten, was ihnen der Bundesrat seit 20 Jahren verweigert. Die Verknüpfung dieser Frage mit den Verhandlungen über die Besoldungsfragen wird beanstandet. Es wird betont, dass aus verschiedenen Gründen heute eine positive Lösung dringlicher ist als früher. Eine gesetzliche Notwendigkeit auf die Arbeitszeit der Transportunternehmungen Rücksicht zu nehmen bestehe nicht. Der Rat lässt sich aber von den Argumenten des FZD überzeugen und beschliesst nach Antrag. Herr Chaudet übernimmt es, Herrn Petitpierre über den Entscheid zu orientieren.

VolkswirtschaftsdepartementEinfuhr von Tafeläpfeln und Tafelbirnen

Der Rat stimmt zu, unter dem Vorbehalt, dass das FZD keine Einwendungen zu machen hat. Sollten Einwendungen erhoben werden, müsste das Geschäft am Dienstag nochmals vorgelegt werden.

Departement des InnernBericht an die Bundesversammlung über das Volksbegehren für die Verbesserung des Strassennetzes

Nachdem der Rat die Aussprache über dieses Geschäft begonnen hat,



wirft der Herr Vorsitzende die Frage auf, ob angesichts der vorgerückten Zeit und der schwachen Besetzung nicht eine Verschiebung möglich wäre. Herr Etter ist damit einverstanden, das Geschäft am nächsten Freitag zu behandeln, wenn es als erstes an die Reihe kommen kann. Der Rat beschliesst in diesem Sinne. Die Stellungnahme des FZD vom 30. April 1957 soll allen Mitgliedern ausgeteilt werden.

## U m f r a g e

### Hr. H o l e n s t e i n

#### Diskontsatzserhöhung der Nationalbank

Die Nationalbank hat den Diskontsatz erhöht. Die Erhöhung trifft nicht die Pflichtlagerkredite, die ausgenommen werden. Am 24. Mai findet eine Konferenz mit den Banken statt, um zu sehen was gemacht werden kann, um das Ansteigen der Hypothekarzinse zu verhindern. Herr Streuli ergänzt diese Mitteilungen. Herr Direktor Schwegler habe ihn orientiert, dass der Bankenausschuss den Entschluss des Direktoriums einstimmig genehmigt hätte inklusive Bratschi und Howald.

Bei den Banken ist die Massnahme ruhig aufgenommen worden und es wurde eher kritisiert, dass man so lange damit gewartet habe.

In der Finanzkommission des Nationalrates wurde statt über die Rechnung fast nur über die Diskontsatzserhöhung gesprochen. Man habe erklärt, der Bundesrat stehe nicht mehr im Einklang mit der Finanzkommission. Man wird mit einer Debatte im Juni zu rechnen haben. Herr Streuli habe versucht zu verhindern, dass dies im Zusammenhang mit der Staatsrechnung geschieht, aber die Kommission lässt sich da nichts vorschreiben. Herr Duft hat erklärt, er werde eine Interpellation einreichen. Herr Streuli nimmt in Aussicht, die Finanzkommission eingehend über die Angelegenheit zu orientieren und denkt daran, zu dieser Konjunkturdebatte Herrn Direktor Schwegler, Herrn Umbricht und Herrn Hummler beizuziehen.

#### Baudirektorenkonferenz

Herr Holenstein teilt mit, dass das Echo eher kühl gewesen sei nach der Melodie, der Gedanke ist schon recht, aber die Sündenböcke stecken anderswo, nämlich beim Bund, der Zurückhaltung predige, aber selber zu wenig ausübe. Trotzdem hätten sich schliesslich alle einverstanden erklärt, ihre Bauvorhaben mit den Bundesstellen zu überprüfen.

#### Differenzen in der Uhrenindustrie

Herr Holenstein berichtet über die Differenzen zwischen der Fédération horlogère einerseits und den Dissidenten dieser Organisation um die Cadhor und der Gruppe der deutschschweizerischen Uhrenfabrikanten andererseits, die soweit gegangen waren, dass die Leitung der FH mit dem Ausschluss der Dissidenten von der Belieferung ab 6. Mai gedroht hatte. Herrn Dr. Huber



ist es gelungen, die beiden Seiten dazu zu bewegen, eine Einigungskommission unter neutralem Präsidium zu bestellen. Es konnte eine Lösung erzielt werden, die es ermöglichen würde, den Boykott aufzuschieben. Wenn die Vorschläge der Einigungskommission angenommen werden, dann ist die Angelegenheit bis auf weiteres in Ordnung, wenn nicht, müsste der Bundesrat Massnahmen ergreifen.

#### Direktor Landis

Herr Direktor Landis wollte die Arbeit wieder aufnehmen, aber er musste feststellen, dass das nicht ging. Er will zurücktreten. Er wird dem EVD noch Dienste leisten als Sonderbeauftragter für gewisse Fragen.

#### Hr. E t t e r

#### Einladung Argentinien, 25. Mai

Herr Etter wird hingehen.

#### Einladung Italien

Nachdem diese Einladung auf die Auffahrt fällt, hält das Protokoll dafür, dass man ihr keine Folge geben sollte.

#### Protokoll der letzten Sitzung

#### Hr. C h a u d e t

#### Ausstellung für graphische Kunst in Lausanne

Herr Chaudet hat eine persönliche Einladung erhalten. Der Rat ist aber der Meinung, dass neben Herrn Hostenstein, der offiziell abgeordnet wurde, nicht noch ein zweiter Bundesrat hingehen sollte.

#### Internationaler Geodäsiekongress

Herr Chaudet möchte den Direktor der Landestopographie nachträglich auch an diesen Kongress delegieren. Der Rat hat in einem früheren Beschluss Herrn Prof. Bäschlin und Mörkofer abgeordnet. Es ist deshalb nötig, dass das EMD einen Antrag auf Ergänzung der Delegation an den Bundesrat stellt.

#### Präsidialverbringen

#### Ferienliste

Der Herr Bundespräsident macht darauf aufmerksam, dass die Ferienliste noch bereinigt werden sollte, weil sonst während längerer Zeit kein Mitglied des Bundesrates in Bern wäre. Er bittet die Herren Bundesräte zu prüfen, welche Verschiebungen möglich wären, um eine solche Lücke zu vermeiden. Am Freitag in acht Tagen soll dann das Geschäft verabschiedet werden.



Schweizerischer Konsumverein, Interlaken 14. - 16. Juli  
Es wird beschlossen, das EVD zu beauftragen, einen Chefbeamten abzuordnen.

Tour de Suisse  
Die BK wird beauftragt zusammen mit dem EMD zu prüfen, ob ein höherer Offizier abgeordnet werden sollte.

Pfadfinderinnenlager  
Die Pfadfinderinnen haben den Herrn Bundespräsidenten zur Eröffnung des Lagers in Ulrichen eingeladen. Der Herr Bundespräsident hat ihnen abgeschrieben, weil er zu dieser Zeit in den Ferien ist. Er würde aber, wenn er zufälligerweise am Eröffnungstag in der Nähe sein sollte, dem Lager doch einen Besuch abstatten. Es wird beschlossen, die Angelegenheit am nächsten Freitag zu behandeln, zusammen mit der Bereinigung der Ferienliste.

Resolution des schweiz. Landfrauenverbandes  
Der Rat nimmt Kenntnis von einer Resolution dieses Verbandes zu den Beschlüssen über die landwirtschaftlichen Preisbegehren.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 35. Sitzung vom 14. Mai 1957 wird mit einer Ergänzung beim Geschäft "Dank an Prof. Rappard" genehmigt.

Präsidentenverbringen

Verteilung  
Der Herr Bundespräsident macht darauf aufmerksam, dass die Ferienliste noch bereinigt werden sollte, weil sonst während längerer Zeit kein Mitglied des Bundesrates in Bern wäre. Er bittet die Herren Bundesräte zu prüfen, welche Verschiebungen möglich wären, um eine solche Lücke zu vermeiden. Am Freitag in acht Tagen soll dann das Geschäft verabschiedet werden.